

Der Grenzboten.

Tageblatt und Anzeiger

für
Adorf und das obere Vogtland

Der Grenzbote erscheint täglich mit Ausnahme des den Sonn- und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlsbar, 1 Mk. 25 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Aussträgern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gepaltene Grundzeile oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf.

N^o 121.

Donnerstag, den 7. Oktober 1897.

62. Jahrg.

Bekanntmachung.

Zur Vorbereitung der Erhebung der Einkommensteuer im Jahre 1898 werden am 8. und 9. d. Mts. den hiesigen Hausbesitzern beziehentlich deren Stellvertretern die Hauslisten zugehen, für deren gehörige Ausfüllung nach dem Stande am 12. dieses Monats und nach Maßgabe der ihnen vorgedruckten Bestimmungen jene zu sorgen haben. Die ausgefüllten Listen haben die Hausbewohner bez. deren Stellvertreter **eigenhändig zu unterschreiben** und bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark binnen 10 Tagen, vom Empfange der Liste an gerechnet, **selbst** oder durch **erwachsene Beauftragte** in unserer Stadtsteuereinnahme während der geordneten Expeditionszeit abzugeben.

Berunreinigte oder zerrissene Hauslisten werden nicht angenommen.

Der Hausbesitzer haftet für die Steuerbeträge, welche infolge von ihm verschuldeter unrichtiger Angaben dem Staate entgehen.

Adorf, den 5. Oktober 1897.

Der Stadtrath.
B. Kämnick.

Landwirtschaft und Export.

Es wird vielfach in landwirtschaftlichen Kreisen angenommen, daß die deutsche Landwirtschaft nur ein nebensächliches Interesse an der Pflege des Exports habe und somit auch dem Aufblühen der deutschen Industrie mehr gleichgültig als sympathisch gegenüber stehen dürfte. Es wäre bedauerlich, wenn diese Anschauung eine allgemeine würde, denn darunter würde die deutsche Landwirtschaft selbst am schwersten leiden. Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung der Größe des Vaterlandes ist unzweifelhaft die Fürsorge für den Absatz seiner Produkte. Darauf beruht die wirtschaftliche Blüthe des Staates, und ohne diese ist es unmöglich, seine Machtstellung im Kreise der Nationen aufrecht zu erhalten.

Der Absatz unserer Produkte muß stattfinden im Innern wie nach Außen. An sich ist der erstere der wichtigere, denn er bietet uns den Markt, den wir am besten zu beurtheilen vermögen. Das wirtschaftlich wie sozialpolitisch Sicherste ist immer eine kaufsfähige Nachfrage seitens einer leistungsfähigen Masse im Innern des Landes. Allein damit die Masse unserer Bevölkerung das von uns Produzierte bezahlen kann, bedarf es der Ausfuhr einer steigenden Menge unserer Produkte. Nur diese ermöglicht es, die große Bevölkerungsziffer auf deutschem Boden zu erhalten, und zwar so zu erhalten, daß eine zahlungsfähige Nachfrage im Innern entsteht.

Als Deutschland noch überwiegend ein Agrarstaat war, hatte die Landwirtschaft selbst den größten Antheil an der deutschen Ausfuhr; sie führte Getreide und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Spiritus, Holz und Zucker aus. Die dadurch gewonnenen Geldmittel machte sie dann wieder für die Industrie nutzbringend, indem sie ihr reichlich Waaren abkaufte. Einzelne industrielle Betriebe hingen ganz von der Kaufkraft der heimischen ländlichen Bevölkerung ab. Die besondere Pflege der Landwirtschaft war damals die dankbarste Aufgabe des Volkes.

In der Gegenwart aber hat sich das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft umgekehrt. Die deutsche Landwirtschaft hat die Herrschaft über den Weltmarkt verloren, sie führt im Gegentheil einen Verzweiflungskampf, um nur

den heimischen Markt zu behaupten. Das Geld, welches den deutschen Erwerbsständen zur Erhaltung einer zahlungsfähigen Nachfrage im Innern zufließen muß, kann nur noch durch die Befähigung der deutschen Industrie zum Wettbewerb mit dem Auslande erworben werden, und so haben nunmehr alle vaterländischen Kreise das gleiche Interesse an der Blüthe der Industrie.

Auch die deutsche Landwirtschaft hat ein solches. Ihre Zukunft ist untrennbar verknüpft mit der Zahlungsfähigkeit der in der Industrie beschäftigten Elemente, der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer. Es ist für sie von unschätzbarem Werthe, wenn sich Unternehmer finden, welche in unmittelbarer Nähe der landwirtschaftlichen Produktion große Betriebsstätten errichten, und wenn möglichst ganze industrielle Centren entstehen, an die sie ihre landwirtschaftlichen Produkte absetzen kann. Sie hat auch ein Interesse an guten Löhnen der Arbeiter, damit diese ihr recht viel Fleisch, Zucker, Eier, Milch, Käse, Gemüse und dergl. abzukaufen im Stande sind. Die Voraussetzung aber, daß der gewerbetreibenden Bevölkerung hohe Einnahmen und mit ihnen die Kaufkraft gesichert werden, ist die Zunahme des Absatzes ihrer Produkte nach Außen. Und so hat nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft das größte Interesse an der Pflege der deutschen Industrie und an der Steigerung der Ausfuhr ihrer industriellen Produkte.

Rundschau.

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben: „In einem munter geschriebenen Artikel, mit dem der socialdemokratische „Vorwärts“ seine gegenwärtig in Hamburg zum Parteitage versammelten „Genossen“ aufzurütteln und in das nöthige Feuer zu bringen sucht, finden wir folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Stellen, von denen wir glauben, daß wir es vor Gott und der Welt nicht verantworten könnten, wenn wir sie hier nicht abdrucken: „Und ganz nahe bei Hamburg liegt, der in verbrecherischer Thorheit sich vermaß, die deutsche Socialdemokratie zu vernichten, weil sie sich nicht zu der niederträchtigen Rolle herbeiließ, zu Nutz und Frommen des preussischen Junkerthums die bürgerliche Freiheit niederzulegen und dem deutschen Volk das Joch des rohesten Polizei- und Casernen-Socialismus auf den Nacken zu heften. Da liegt er, der in verrücktem Größenwahn meinte, mit den — freilich collossalen — mechanischen Machtmitteln in seiner Hand die Socialdemokratie überwinden zu können, — da liegt er überwunden, zerschmettert, verachtet, — ein warnendes Exempel für Alle, die da sich einbilden, ihren persönlichen Willen der Menschheit als Gesetz vorzuschreiben und die ewigen Gesetze, nach welchen der menschliche Culturfortschritt sich vollzieht, fälschen oder beugen zu können. Die Delegirten unseres Parteitages können mit Stolz von sich, von unserer Partei sagen: Wir sind es, die diesen verbrecherischen Thor besiegt haben! Und wir werden Jeden besiegen, der in seine Fußtapfen zu treten sich unterfangt.“ Das ist doch wieder einmal eine herzerfrischende Sprache, und zur Belohnung wünschten wir dem „Genossen“, der dies geschrieben hat, er könnte das vergnügte Schmunzeln sehen, mit dem Fürst Bismarck, wie wir ihn kennen, über diese Schmeicheleien, wenn er sie liest, quittiren wird. Er ist von derartigen Kundgebungen immer sehr erbaut und erblickt in dem wüthenden Hase, mit dem ihn die socialdemokratischen Agitatoren noch jetzt auf Schritt und Tritt verfolgen, eine werthvolle Beurkundung der Thatsache, daß er mit seiner Behandlung der Herren auf dem richtigen Wege gewesen ist.“

— Gegen die Einfuhr gefrorenen Fleisches aus überseeischen Ländern beabsichtigt der Central-

verband deutscher Fleischerinnungen eine Petition an die Reichsregierung zu richten. Es soll besonders darauf hingewiesen werden, daß mit der Einfuhr gefrorenen Fleisches eigentlich die Aufhebung der Fleischschau in Deutschland verbunden ist, da die Entfernung der inneren Organe bei den zum Verlandt gelangenden Thiere deren gründliche und zuverlässige Untersuchung unmöglich macht.

Köln, 5. Okt. In dem Gas- und Wasserinstallationsgeschäft von Schiffen fand eine Gasexplosion statt, wobei sämtliche Fensterscheiben, ein Glasdach, eine Seitenwand der Treppen, im Parterre die Schaufenster und die Ladeneinrichtung zertrümmert wurden. Die Explosion erfolgte in einem Zimmer der ersten Etage. Der Sohn des Besitzers wurde durch Brandwunden im Gesicht und am Hinterkopf schwer, die Ehefrau des Besitzers leicht verletzt.

* Ein Streik in einem sozialdemokratischen Geschäftsbetriebe. In der von sozialdemokratischen Genossen gegründeten Leipziger Genossenschaftsbäckerei ist jetzt ein Ausstand ausgebrochen. Die Leitung derselben hat eingesehen, daß die Uebertragung der Theorie in die Praxis doch nicht so leicht ist, als sie scheint. Sie hatte einen Arbeiter, der angeblich für die Gewerkschaft thätig war, d. h. im Geschäft agitirte, entlassen und in Folge dessen von 20 dasebst beschäftigten Gehilfen 14 die Arbeit eingestellt. Der Vorstand des Gewerkschafts-cartells soll sich nunmehr mit der Leitung der Genossenschaft wegen Beilegung der Differenzen ins Einvernehmen setzen. — Bisher wurde immer behauptet, daß nur die „corrupte, ausbeuterische, blutsaugerische,“ bürgerliche Gesellschaft an den Streiks schuld sei. Kehre man also nun gefälligst vor seiner eignen Thür!

Wien, 5. Oktober. Im Abgeordnetenhaus brachte Dipauli und Genossen einen Dringlichkeitsantrag auf sofortige Wahl eines Ausschusses zu dem Zwecke der Aufhebung der Sprachenverordnungen ein. Der Ausschuh soll ferner grundsätzliche Bestimmungen über eine im Gesetzeswege anzustrebende Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage binnen sechs Wochen dem Hause vorlegen. Ebenbach brachte wiederum seinen Schulantrag mit kleinen Abänderungen ein. Dieser Antrag setzte eine achtjährige Schulpflicht fest, räumt jedoch den Landtagen das Recht ein, dieselbe auf 6 Jahre herabzusetzen.

* In Oesterreich zahlen Millionen Gulden Steuer: 8.5 Mill. Deutsche 235.5, 5.5 Mill. Czechen 112.1, 3.7 Mill. Polen 34.8, 3.6 Mill. Ruthenen 27.0, 1.2 Mill. Slovenen 19.4, 0.6 Mill. Serbokroaten 7.5. In Prozenten ausgerechnet und auf Köpfe vertheilt, zahlt der Deutsche in Oesterreich je 27.7 Gulden, der Italiener 21.4, der Czeche — der Großmäuligste von allen — nur 20.4, der Slovener 16.2, der Serbokroate 12.5, der in Oesterreich in alles sich einmischende Pole gar nur 9.4 Gulden jährlich! In der jetzigen Zusammensetzung des Reichsrathes kommt die naturgemäße Vertheilung der Mandate nicht zum Ausdruck, denn die Polen, auf welche nach dem Verhältnisse ihrer Kopfzahl und Steuerleistung bloß 32 Abgeordnete entfallen würden, haben deren 78, also um 46 zu viel, dagegen die Deutschen um 27, die Czechen um 16 zu wenig; ebenso haben die Ruthenen um 14 Mandate zu wenig, dagegen die Südslaven, Italiener und Rumänen zusammen um 11 Mandate zu viel! Jedermann kann durchaus ersehen, daß die Deutschen Oesterreichs nicht etwa als eine längst verkommene, bereits leistungsschwache Nation das Recht einer Vorderrstellung nur vielleicht noch gnadenweise und mit Hilfe altersmorscher Ueberlieferungen und Verdienstanprüche fordern dürfen und müssen, sondern auf Grund vollster Lebenskraft und Leistungsfähigkeit!

— Eine schwere Verletzung des Völkerrechts